

SOZIALDEMOKRATIE

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle. Bezirk Merseburg

Das „Vollblatt“ erscheint mit Beilagen. Es ist Substitutionsorgan der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. Schriftleitung: Dr. Märckerstraße 6. Fernsprech-Anschluß Nr. 24655, 24667, 26005. Persönliche Zustunftsverteilung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Unverlangt eingehenden Manuskripten ist kein Rücksporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1.80 und 0.30 M. Postkontogebühr, unregelmäßig 2.10 M. für Abholer oberwärts 0.45 M. Postbezugspreis 2.10 M. durch Postboten zugestellt 2.50 M. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2.40 M. — Einzelnenpreis 15 Pf. im Anzeigen- und 30 Pf. im Restanteil der Zeitraumer. Gewerkschafts- und Bellen: Dr. Märckerstraße 6. Fernruf 24655, 24667, 26005. Postfachkonto 2319 Utrecht.

General Schleicher? / Dapen hat abgewirtschaftet / Sozialdemokratie weiter führend im Kampf

Der heimliche als sichtbarer Kanzler?

Waffenstillstand zwischen Parteien und Regierung oder Reichstagsauflösung

Der Reichswehrminister von Schleicher ist von dem Reichspräsidenten ernannt worden, in Rücksprache mit den Parteiführern die politische Situation zu prüfen und durch diese Untersuchungen die Voraussetzungen für die Bildung einer neuen Regierung zu klären.

Um das Bild abzurunden, hat Herr von Schleicher auch eine Einladung an den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ergehen lassen. Der Abgeordnete Breitscheid ist — natürlich im Einvernehmen mit den führenden Persönlichkeiten der Partei — am Montagvormittag der Aufforderung gefolgt. Wenn der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion es fernzeitlich abgesehen hat, in eine Besprechung mit Herrn von Dapen einzutreten, so lagen dafür folgende Gründe vor. Herr von Dapen war der Kanzler, dessen Politik sich ausgesprochenem Maße gegen den „Marxismus“ richtete, und unter dessen Führung immer aus neue volkswirtschaftliche Maßnahmen der Weimarer Verfassung in länder Ausicht gestellt wurden. Die Sozialdemokratie hätte keine Veranlassung, sich mit ihm in ein Gespräch einzulassen, aber ihre Ablehnung bedeutete keineswegs den Willen zur grundsätzlichen Zurückweisung jeder Unterredung, die den Zweck verfolgt, die Ansätze dieser großen Partei über schwebende politische Fragen festzustellen.

Was nun Herr von Schleicher angeht, so hat er von vornherein nicht im Zweifel darüber sein können, daß die Sozialdemokratie für die Beteiligung an einem „innerpolitischen Waffenstillstand“ nicht in Frage kommt, und es war für ihn also keine Ueberrassigung, wenn Breitscheid die Tatsache, daß die Sozialdemokratie für die Fortsetzung eines Präzidentkabinetts, von dem es aus immer geführt werde, nicht zu haben sei, auch immer unterrichtete. Jeber Reichstagskanzler und jeber Reichstagsminister, der heute eine Kampaufnahme vom Parlament verlangt, muß sich mit seinen Wählern an die Parteien der Rechten und an das Zentrum wenden. Findet er dort die nötige Mehrheit für den Waffenstillstand nicht, so sind seine Bemühungen eben ausichtslos.

Nun liegen die Dinge so, daß Herr von Schleicher vielleicht etwas mehr Hoffnungen hegen kann als Herr von Dapen. Der bisherige Reichstagskanzler hat grundsätzlich abgewirtschaftet. Nicht nur die von ihm so gering geschätzten Parteien haben gegen ihn entschieden, sondern auch die von ihm so sehr geachteten Berufsklassen geben ihrer Ablehnung gegen Art und Lebens seiner Politik sehr deutlich Ausdruck. Irdisch er aufs neue an die Spitze der Regierung, so wäre das nicht nur eine Regierung gegen das Parlament, sondern eine Regierung gegen das ganze Volk. Die besseren Chancen des Herrn von Schleicher, des Mannes also, der zwar noch nicht mit der Kabinetsbildung betraut ist, aber doch für diesen Auftrag in erster Linie in Frage kommt, liegen vor allem in seinen recht guten Beziehungen zu den Nationalsozialisten. Man weiß, daß er immer den Gedanken der Heranziehung der Hitler-Partei zur Verantwortung vertreten hat. Er mag sich deshalb selbst einem gewissen Optimismus hingeben. Ob er freilich berechtigt ist, liegt dahin, auch wenn man die neueste Erklärung des nationalsozialistischen Führers, er werde, so leid es ihm tue, auch in eine Koalition treten müssen, nach allen Erfah-

rungen als auslegungsfähig ansehen kann. Als Gegengabe für ein etwaiges Entgegenkommen im Sinne eines „Waffenstillstandes“ wirkt den Nazis vorläufig die Aufhebung des Reichswehrministeriums in Preußen und die Aussicht auf die baldige Bildung einer sich marxistischen Koalition im Preussischen Landtag. Aber auch wenn Hitler zu einem Entschluß

kommt, durch den die grundsätzliche Opposition mit der Bereitwilligkeit zu einem vorübergehenden Waffenstillstand bereitbar wäre, und wenn, wie nach den Erklärungen des Herrn Raas gegenüber Herrn Schleicher anzunehmen ist, das Zentrum unter gewissen Voraussetzungen grundsätzlich mitmacht, so blieben noch immer die Deutschnationalen. Hugenberg sieht alle Register, um das

Rapen-System über den Winter hinaus zu retten und es möglichst für alle Ewigkeit zu stabilisieren. Aus diesem Grunde will er natürlich von einem Waffenstillstand nur etwas wissen, soweit ihm dafür ein besonders hoher Preis geboten wird. Er fordert eine Beteiligung an der Futtertruppe, die, wenn ihr entzogen würde, der neuen Präzidentenregierung den Charakter einer deutschnationalen Parteiregierung geben würde. Eine solche Lösung wäre natürlich keine Lösung, weil sie das Zentrum seiner Zusage entziehen und die übrigen Partner von einer Zustimmung abhalten würde. Man muß deshalb damit rechnen, daß, wenn es überhaupt zu einem Waffenstillstand kommt, er ohne die Deutschnationalen abrotf und sich außer Zentrum und Nationalsozialisten nur die Splitterparteien an seiner Geburt beteiligen würden. Sie haben eine Mehrheit, die zur Zeit für die Ausschaltung des Reichstags bis zum Februar oder März langt. Als Platzhirsch für praktische Politik könnte sie nur in der Lage sein.

Die Währungsfrage bleibt also unter den obwaltenden Umständen noch unklar und trübe. Vorläufig lautet das Problem: Waffenstillstand mit Schleicher oder neuer Reichstagsauflösung mit Dapen. Der Wittmold ist darüber kaum Klarheit zu erwarten.

Handelsobjekt Preußen?

Schleicher befehligt für Nazis und Zentrum die Kommissare, wenn sie im Reich tolerieren

In den letzten Tagen haben zwischen dem Führer der Zentrumspartei des Preussischen Landtags, Dr. Dapen, und der nationalsozialistischen Fraktion wieder Verhandlungen wegen der Wahl eines Ministerpräsidenten stattgefunden. Ein Ergebnis aber haben auch diese Verhandlungen nicht gehabt. Entschieden für ihren Ausgang ist schließlich die Lösung der Regierungskrise im Reich.

Es ist bekannt, daß der Reichswehrminister die Hoffnung hegt, diese Krise im stillen Ein-

verständnis mit den Nationalsozialisten lösen zu können. Er glaubt in erster Linie über die Aufhebung für einen vorübergehenden Waffenstillstand gewinnen zu können. Als Gegengabe ist an die Aufhebung des Reichswehrministeriums für Preußen geboten, die übrigens auch vom Zentrum für eine Billigung des Reichstages gefordert wird. Soeben darüber Klarheit besteht, wollen Zentrum und Nationalsozialisten unter Ausschaltung der Deutschnationalen die Wahl eines Ministerpräsidenten in Angriff nehmen.

Nazirichter in Klaggestan

Freundschaft mit einem Strafgefangenen / Was unterm Hakenkreuz möglich wurde

Eigener Bericht

Braunschweig, 28. November.

Eine ungeheuerliche Pflichtvergessenheit hat sich der nationalsozialistische Amtsgerichtsrat Meynede aus Hasserode im Harz zuschulden kommen lassen.

Meinade unterließ das Gefängnis von Hasserode, das allersings kisten benutzt wurde. Die Gefangenen hatten dort ein verhältnismäßig gutes Leben. Sie wurden von der Frau des Justizwachmeisters Hermann versorgt. Eines Tages wurde in das Gefängnis ein Strafgefangener eingeliefert, der sich Freiherr von Kobenzel und Freielsen nannte, der aber in Wirklichkeit Metzger hieß.

Der Amtsgerichtsrat fand Gefallen an dem Strafgefangenen, zumal dieser

von seinem Vater ein reichliches Taschengeld erhielt.

Dieses Geld wurde an den Justizwachmeister abgereicht, weil der Vater nicht wissen durfte, daß der Sohn wegen verschiedener Verbrechen im Gefängnis lag. Metzger erhielt von Meynede u. a. auch die Erlaubnis zu Autofahrten. Zunächst begleitete ihn auf diesen Fahrten der Justizwachmeister.

Später übernahm Amtsgerichtsrat Meynede die Begleitung selbst. Bald schloß sich auch die Frau Meynede mit ihren Kindern an.

Manchmal fuhr man zum Broden, manchmal nach Blankenburg, um dort Tennis zu spielen, und manchmal nach Nordhausen. So kam es vor, daß Metzger bei der Rückkehr oft das Gefängnis vor verschlossen fand. Dann kletterte er, um in seine Zelle zu gelangen, über die Mauer. Ganz Hasserode war schließlich über die Fahrten des Amtsgerichtsrats mit dem Strafgefangenen informiert. Zur Kenntnis der Behörden gelangten sie aber erst, als ein anderer Metzger

selbe war schließlich über die Fahrten des Amtsgerichtsrats mit dem Strafgefangenen informiert. Zur Kenntnis der Behörden gelangten sie aber erst, als ein anderer Metzger

Strafgefangener eines Selbstmordes bei der vorgelegten Dienststelle einrichtete. Meynede wurde daraufhin seines Postens enthoben.

In einem Disziplinerverfahren wurde festgestellt, daß der freundschaftliche Verkehr (Metzger war heimlich) so herzlich gehalten war, daß Metzger den Amtsrichter zu nannte und an die Kasse des Amtsgerichtsrats Briefe schrieb, die z. B. den Satz enthielten: Stich mir den Nagel! (Der „Nagel“ war der älteste Sohn des Amtsgerichtsrats). Das Verfahren gegen Meynede ist noch nicht abgeschlossen. Es wird ein bezügelndes Licht auf eine nationalsozialistische Dienstaufsichtigung. Meynede ist 39 Jahre alt.

Die belgischen Kammerwahlen

Großer sozialistischer Stimmengewinn — aber geringe Mandatssteigerung

Eigener Bericht

Brüssel, 28. November.

Infolge der Eigenart des belgischen Systems der Listenverbindungen ergeben die letzten Wahlen über den Ausgang der Wahlen eine wesentliche Schwere Verschiebung der bisherigen Kraftverhältnisse der Parteien, als es anfangs angenommen werden mußte. Im ganzen gewannen die Sozialisten fast das starke Stimmengewinn in allen Teilen des Landes nur drei Mandate. Sie folgten von 70 auf 73 Mandate. Die sozialistischen Gewinne wurden in Brüssel,

Antwerpen und Verviers erzielt, wo der junge sozialistische Kandidat Sommerhausen, der sich in sehr eifriger und mutiger Weise für die Interessen der Arbeiterbevölkerung des deutschsprachigen Grenzgebietes und für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts betätigte, niedergewählt wurde. Die Katholiken gewannen gleichfalls drei Mandate und folgten von 76 auf 79. Einer dieser Gewinne geht auf Kosten eines katholischen Mandats, zwei der gewonnenen Mandate wurden den flämischen Frontisten entfallen, die kulturpolitisch schon immer zu den Katholiken gerechnet werden mußten. Die Liberalen und

wier Mandate, von 28 behaupteten sie 24. Der Verlust der flämischen Frontpartei erweist sich übrigens erheblich geringer, als die ersten Ergebnisse vermuten ließen. Sie verloren zwei Mandate. Die kommunisten behaupteten ihr Mandat in Brüssel und gewannen je eins in Lüttich und Charleroi.

Die bisherige Regierungskoalition kann sich zwar weiter halten, aber ihre Stellung ist erheblich erschwert. Die Sozialisten können eine bedeutend erheblich gestärkte Oppositionsstellung unter parlamentarisch günstigen Bedingungen belegen.

ADGB fordert

Der ADGB teilt mit: Der Reichswehrminister von Schleicher hatte am Montag Vertreter des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu sich geladen. In der Besprechung, an der Leander Seipari und Wilhelm Egger teilnahmen, wurden die vordringlichsten wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen erörtert. Die Vertreter des Gewerkschaftsbundes haben als wichtigste Aufgabe die Wirtschaftspolitik im Wege öffentlicher Arbeit und andererseits die Herbeiführung der sozialpolitischen Bestimmungen der Notverordnung vom 5. September gefordert. Sie haben sich auch für eine unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten durchgeführte Zielsetzung eingesetzt.

Der Reichswehrminister empfing am Montag u. a. den Zentralvorsitzenden Dr. Kaas. Anschließend hielt die in Berlin anwesenden Mitglieder des Vorstandes der Zentrumspartei eine informatorische Besprechung ab. Am Dienstag wird Herr von Schleicher, nachgehende Führer der Nationalsozialisten empfangen. Am Mittwoch beschäftigt er dann in Gegenwart des Herrn von Papen den Reichspräsidenten über seine Unterredungen Bericht zu erstatten.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Breitheid, folgte am Montagmorgen einer Einladung des Reichswehrministers von Schleicher zu einer politischen Aussprache. Ueber das Ergebnis nach gelangt werden, daß eine Veränderung in der Stellung der Sozialdemokratischen Partei nicht eingetreten und auch nicht zu erwarten ist.

Erzbischofskommuniké

Das Photo bringt es an den Tag

Vor einigen Tagen gab es in dem katholischen Konfession großen Heiterkeit: Der Erzbischof Dr. Konrad Erber tat einen Besuch ab und wurde im Rathaus von den Kommunalbehörden festlich empfangen. Natürlich fehlte es auch nicht an einer Gruppenaufnahme, die den historischen Moment für künftige Geschlechter festhielt.

Aber - siehe da - auf dieser Gruppenaufnahme bemerkte man auch sehr deutlich den kommunistischen Stadtrat Lieb, der es sich nicht hatte nehmen lassen, sich an dem Empfangsfeierlichkeiten für den Erzbischof zu beteiligen. Darob großer Ärger in der Ortsgruppe Konstant der SPD. Nach einer erregten Diskussion darüber, ob ein kommunistischer Stadtrat am Empfang eines Erzbischofs teilnehmen dürfe, schließlich eine Resolution zustande, die das Gebaren Lieb's schärfend beurteilte.

Dem armen Lieb ist nichts geliehen. Er hat sicherlich die zahlreichen Photos gesehen, auf denen die Gelanten und sonstigen Vorkämpfer der Sowjetunion, ohne Anstoß zu erregen, zusammen mit dem Epigen der bürgerlichen Welt an festlichen Tafeln sitzen, und hat sich gefragt: Was dem Ichtsicherin redt ist, ist dem Lieb billig. Aber er hat sich getreu auch in der bolschewistischen Hierarchie gilt der Grundlag: Was dem Dupier erlaubt ist, ist dem gewöhnlichen Erblichen nicht erlaubt. Fahr wohl, Fahr wohl, du armer Lieb!

Zahlungsfreit gegen Fürsten

Dächter wehren sich

Eigener Bericht

Stuttgart, 28. November. Der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen, ein selbstverständlich durchaus national gesinnter Herr, ist im praktischen Leben so gefühlvoll, daß er darüber vergißt, sozial genügt zu sein. Der hohe Herr selbst im Hohenzollernschen Lande, als dessen „Fürst“ er sich noch immer ausgiebt, obwohl er längst keine Souveränitätsrechte mehr besitzt, umfangreichen Grundbesitz, der zum größten Teil parzelliert und an kleine Landwirte verpachtet ist. Als im vorigen Jahre eine allgemeine Preis-, Miet- und Pachtsteigerung eintrat, ließ die fürstliche Verwaltung aus ihren Dächtern 15 Proz. nach. Neuerdings lehnte sie jedoch den Nachschlag ab. Die Bauern sollten, obwohl inzwischen noch eine Verschärfung der Lohneintragen ist, wieder die in früheren Jahren gültigen Pachtpreise zahlen. Die Dächter verweigern daher die Zahlung von Pachtzinsen überhaupt. In den Dörfern finden zugleich Versammlungen statt, in denen der Zahlungsfreit beschlossen wird.

Gemeindewahlen in Bremen

Neuer Nazi-Rückgang

Bremen, 28. November.

Am Sonntag fanden in den 14 Stadtgemeinden des bremischen Stadtgebietes die Gemeindewahlen statt. Die Wahlbeteiligung betrug 61,5 Proz. gegen 77,8 Proz. bei den letzten Gemeindewahlen im November 1929. Auf die einzelnen Parteien entfielen im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen am 6. November folgende Stimmen:

Sozialdemokratie 4100 (4397), Nazis. 894 (1191), Komm. 567 (634), Alle übrigen Splitter-

gruppen, darunter die Deutschnationalen, 45

Stimmen. Die Sozialdemokratie konnte sich ziemlich behaupten. Von den 109 Mandaten, über die sie bisher in den 14 Stadtgemeinden verfügte, verbleiben ihr 81. Die Kommunisten erhalten 8 Mandate gegen bisher 0. Die Nationalsozialisten erhalten 14 Mandate gegen bisher ebenfalls 0. Die übrigen Wahlkreise brachten es auf 71 gegen bisher 78.

In Solbin fanden am Sonntag Stadtverordnetenwahlen statt, die folgendes Ergebnis hatten:

Gegen die Konfordate

Beschluß des badischen Landesparteitages

Karlsruhe, 28. November.

Auf dem Landesparteitag der badischen Sozialdemokratie in Offenbach wurde am Sonntag folgender Antrag angenommen:

„Der Parteitag beschließt: das Zentrum hat die sozialdemokratischen Parteien vor ein Ultimatum gestellt, auf das dieser nicht anders als mit einer glatten Zurückweisung antworten kann. Die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages hat im Plenum bei der Abstimmung über die Staatsverträge (Konfordate) sowohl bei dem Konfordat mit der katholischen als auch mit der evangelischen Kirche, unter Durchführung des Fraktionszwanges und mit der Verpflichtung der Teilnahme sämtlicher Fraktionsmitglieder, in der Abstimmung gegen die Konfordate, als mit Nein zu stimmen. Alle übrigen zum gleichen Punkt

gestellten Tagesordnungspunkte sind damit erledigt.“

Die Sozialdemokratischen Parteien haben bei 86,7 Proz. Wahlbeteiligung folgendes Ergebnis:

SPD. 681 (886), KPD. 1057 (1880), Nazis. 689 (886), Fortschritt und Aufbau 322 (370), Heimatsliste 180 (—). Die Vergleichswahlen sind die Ergebnisse vom 6. November.

Vollversammlung entscheidet

Eigener Bericht

Genf, 28. November.

Der Völkerverbund trat am Montag die Ausarbeitung über den Mandatsvertrags-Bericht der Völkerverbund-Kommission beendend und die Streitfrage zur Beschlußfassung an die außerordentliche Vollversammlung des Völkerverbundes überlassen. Japan erhielt sich bei der Abstimmung, weil es das gesamte Verlangen auf Grund des Artikels 15 des Völkervertrages für unzulässig erklärt.

Katholischer Gymnasien-Bericht hat die außerordentliche Vollversammlung des Völkerverbundes, die sich u. a. mit der Lösung des Mandatsvertrags-Konfliktes befassen soll, zum 6. Dezember einberufen.

Nein Nichtangriffspakt

Eigener Bericht

Budapest, 28. November.

Katholischer Gymnasien-Bericht hat die rumänische Regierung mit der Sowjetunion über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes abgelehnt worden sind, da Rumänien nie und nimmer einen Pakt unterzeichnen könne, der seine Situation gegenüber dem Kellogg-Pakte verschlechtern müßte. Wenn Rumänien die von Moskau vorgeschlagenen Paktformeln annehmen würde, so wären den reaktionären Bestrebungen Russlands hinsichtlich des Besarabens Tür und Tor geöffnet worden. Im übrigen hätte die rumänische Regierung keinerlei Einmündungen gegen den Nichtangriffspakt Polens mit Aussicht zu machen. Titulescu bantte schließlich nach der französischen Regierung für ihre lokale Vermittlungsaktion zwischen Rumänien und Russland und stellte Frankreich frei, ohne Rücksicht auf Rumänien seinen eigenen Angriffspunkt mit dem Rätebund zum Abschluß zu bringen. Die freundschaftlichen Beziehungen Polens und Frankreichs zu Russland gestatten, um so besser würden auch die rumänischen Interessen geschützt sein. Von einer Bündnistriebe zwischen Rumänien und Polen bzw. Frankreich könne keine Rede sein.

Der Reichslandarbeiterbund

Leiterscheher der Agrarier

Der Reichslandarbeiterbund, die Organisation der wirtschaftlichen Landarbeiter, d. h. der Trabant der landwirtschaftlichen Unternehmern, bemüht sich wieder einmal triumphal, als wirtschaftliche Bewegung anerkannt zu werden. Dabei bringt fast jeder Tag neue Beweise dafür, daß der Reichslandarbeiterbund und seine Unterverbände nichts anderes sind als Helfer des sozialen Gegenpietlers. Ein allerneuer Beweis wird soeben aus Pommern gemeldet.

Die Arbeiterschaft des vorpommerschen Remontages in Ruhof bei Treptow, das dem Reichswehrministerium unterliegt, befindet sich im Vorgesetztenrat der Remontages mit noch völligem Belittzt zur Arbeitsgruppe Streikbrigade

gestellten Tagesordnungspunkte sind damit erledigt.“

Die Landtagsfraktion gab hierzu folgende Erklärung ab: „Der Landesparteitag hat gegen die Auffassung der Mehrheit der Fraktion entschieden. Die konträre Situation bildet sich aus der geschlossenen Arbeiterschaft und damit auch die enge Verbundenheit in der Sozialdemokratie. Diesem Gebot fügt sich die gesamte Landtagsfraktion und damit auch dem Willensausdruck des Landesparteitages, im Landtag gegen die Konfordate zu stimmen.“

Mit der Entschließung des Parteitag und der Erklärung der Landtagsfraktion ist der Konflikt in Baden beseitigt und die volle Einmütigkeit der Partei wiederhergestellt.

des Pommerschen Landbundes den Kreisrat der Arbeitgebergruppe des Landbundes in dem genannten Bezirk anwenden. Das lehnt die Arbeiterschaft ab Mitte November fanden Verhandlungen der Bau- und Kreisleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes mit der Remontagesleitung statt. Der Betriebsrat nahm ebenfalls daran teil. Außerdem hatte sich - zum nicht geringen Erstaunen der Arbeitervetretung - ein Herr Bergauer, eines jenseits Stettin der Arbeitergruppe des Pommerschen Landbundes, die im Unterstand des Reichslandarbeiterverbandes ist, eingeschrieben. Von einem Vertreter der Arbeiterschaft über den Zweck seines Besuchs befragt, erklärte der erwähnte Arbeiterleiter, er sei mit der Beratung und Unterstützung des Arbeitgebers, des Herrn Obermann Fischer vom Remontage, beauftragt.

Ein Schauspiel für Götter! Ein Arbeitervetretung des Landbundes gibt sich dazu her, einem Arbeitgeber beim Lohnbruch durch Lohnunterschiede über das Tarifrecht Hilfe zu leisten.

Reichsbanner-Arbeitslager

In Forst (Niederlausitz) wurde ein geschlossenes Arbeitslager des Reichsbanners eröffnet. 150 Mann sind damit beschäftigt, das Reichsbanner der Reife vollständig zu regulieren, wobei insgesamt rund 175 000 Kubimeter Bodenmüll zu bewegen sind. Die Arbeiter tragen im sonstigen Reifegebiet dahinziehende Wasser war in Hochfluten zu einer ungeheuren Gefahr für Leben und Gut der Einwohner geworden, da die angelegten Dämme nur einen ungenügenden Schutz boten. So wurden bei den großen Überschwemmungen in den Jahren 1900/31 Millionenwerte an Wäldern und Tertiärfabrikaten vernichtet.

Die 150 Reichsbannerleute sind in einer zweckmäßig umgebauten Scheune untergebracht. Das Reichsbanner befolgt die Einstellung der Reife und kommt für Essen und Unterkunft auf. Das Arbeitsamt zahlt 2 Mark pro Tag und pro Mann Zuschuß. Die Verpflegung ist reichlich und gesund. Die Arbeitzeit dauert sieben Stunden; Sonnabend und Sonntag sind arbeitsfrei. Es wird auch unter Mithilfe eines Gymnastiklehrers für die sportliche Erziehung der Teilnehmer gesorgt. Dazu kommt theoretischer Unterricht in volkswirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Fächern. Die tägliche Entlohnung erfolgt im zulässigen Höchstmaß von 30 Pfennig pro Mann und Tag.

Freiheitspartei international

Eine Pariser Abteilung der Sozialistischen Partei hat eine Propagandakarte herausgegeben, die die drei Helle der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands trägt. Die Bedeutung der Worte ist in den drei darunter stehenden Worten „Propaganda, Erziehung, Erhaltung“ ausgedrückt. Die Karte wird zum Preise von einem Franken verkauft.

Norwegen gegen Trotski

Die bürgerliche Regierung Norwegens hat wie uns das Datum gemeldet wird - das Einreisegesetz Trotski's abgelehnt.

Verbrochenes Dorgellan

Gegen die Wirtschaftspolitik Papens

Papens Wirtschaftspolitik hat mit einem furchtbaren Blatort gemeldet. Kein Arbeiter, wenn jetzt bereits dessen die Rede ist, daß kein vernünftiger Arbeiter General von Schöcher sich wirtschaftlich bereit erklärt, die Einkommensprämiem zu streichen und die Tariflohnentzungen zu realisieren. Der Versuch, den Arbeitsmarkt von zwei Seiten her: durch Einkommensprämiem und Lohnraub zu belegen, beherrschte der Wirtschaft nur einen riesigen Scheubehälter. Einen lehrreichen Beweis dafür liefert die Porzellan- und Steingutindustrie.

Genau wurden diese beiden Industriezweige nach Erlaß der Notverordnung 1900 Kneueinstellungen vornehmen, aber darin liegt kein Erfolg der Notverordnung. Die Einstellung von Arbeitkräften in der Porzellan- und Steingutindustrie ist auf die alljährlich immer wiederkehrende Besserung der Beschäftigung in den vier Monaten von Weihnachten zurückzuführen. Da in den Fabriken keine Arbeitkraft zu viel ist, und da in diesem Jahre keine Überstunden wie sonst in diesen paar Monaten gemacht werden können, weil die Fabrikanten diesmal Papens wegen nicht wollen, so wurden ein paar Arbeitskräfte neu eingestellt. Die Löhner der Händler und Fabrikanten sind leer, es muß also jeder Auftragsingang von Anfang bis zur Fertigstellung voll erledigt werden. Nur deshalb die Neueinstellungen.

Nun aber die Wirkung der Notverordnung: kein Stück Ware ist infolge der Notverordnung bei den Porzellan- und Steingutfabriken mehr bestellt worden. Sie brachte nur den Anreiz zu neuem Lohnraub und löste damit den Wirtschaftskrisen. Die Arbeitszeitverlängerung auf 40 Wochenstunden in einigen Betrieben hält die Porzellan- und Steingutindustrie schon im vorigen Jahre fertig, haben können. Im übrigen läßt die Notverordnung mit ihren Steuererhöhungen den durch die neuen Preisvereinbarungen etwas zurückgegangenen Schmuckhandlungszweig wieder aufleben. In all diesen Punkten liegen erhebliche wirtschaftliche Nachteile, denen kein Vorteil gegenüber gestellt werden kann.

Die erhoffte Wirtschaftsbesserung durch eine etwaige Erhöhung der Lohnmengen bei Neueinstellungen liegt gänzlich aus. In fast allen Fällen um in der Porzellan- und Steingutindustrie ohne Widerstand der Beschäftigten die Bestimmungen der Notverordnung durchgeführt wurden, trat eine Verminderung der Gesamtaufträge ein. Bei Wiktory u. Bod waren es 2000 R. in der Woche gewesen, wenn die Beschäftigten nicht gewährt hätte. In anderen Fällen konnten 800 bis 1400 R. Konsumkraftausfall in der Woche nachgewiesen werden. Einzelne Unternehmer haben selbst ausgegeben, daß ohne Lohnraub noch Steuererhöhungen zu einer Belohnung der Wirtschaft führen können, aber sie haben den Widerstand aus Konkurrenzgründen in Kauf genommen, weil ja Papen selbst mit seinem Hinweis auf privatkapitalistische Initiative indirekt die Parole ausgegeben hat: Keine Hilfe, wer kann!

Wenn durch den Lohnraub und die Steuerprämie wenigstens die Konkurrenz aus den Auslandsmärkten hätte abgedrängt werden können, wie die Verfechter der privatkapitalistischen Wirtschaft versprochen, dann hätten die Maßnahmen Papens wenigstens einen Sinn gehabt. Aber auch im Ausland wurden ja infolge der Kontingenterungsolitik der Papenregierung alle Wege versperrt. Der Einzelhandel geht von Monat zu Monat zurück, gerade infolge der Papen-Politik.

Es wird höchste Zeit, daß die neue Regierung Papens wirtschaftsfeindliche Maßnahmen befehtigt.

Für Butterjahn!

Im Leipziger Landesparlament verlangte am Montag der Vertreter des Angehörigen Walter Butterjahn, Reichsanwalt Art Rosenfeld-Berlin, den Freizug seines Mandanten. Der Verteidiger erklärte, daß die Beweiswürfel des Reichsanwalts in verschiedenen Punkten mit den durch die Wiederannahmeverordnung festgestellten Tatsachen unvereinbar sei.

Verhaftete Mörder

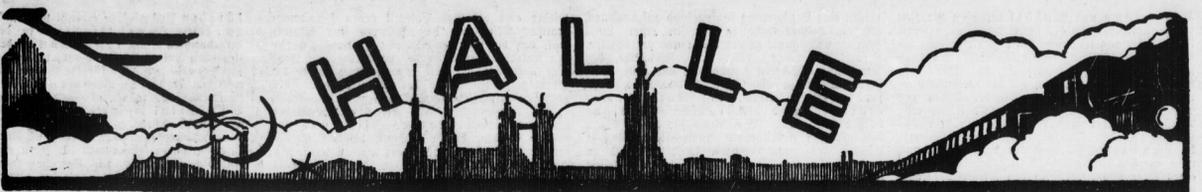
Zwei Dürken im Alter von 18 und 22 Jahren namens Herbst und Seeling wurden unter der Beschuldigung verhaftet, vor einigen Tagen in Odenstedt bei Magdeburg die 67jährige Frau Karolina Dürke in ihrem Kolonialwarenladen erschlagen zu haben.

Messerstecherei in Lemberg

Eigener Bericht

Warschau, 28. November.

In Lemberg kam es am Sonntag auf offener Straße zu einer Messerstecherei zwischen mehreren betrunkenen Studenten und einigen Berufsbildeten. Ein Student wurde getötet, zwei leicht verletzt. Die nationalsozialistischen Elemente der Stadt verfolgten den Umstand, daß die verhafteten Täter Juden sind, zur Heranziehung von antijewischen Ausstellungen zu benutzen, die jedoch mißlingen. Die Sache wird von der Redispresse weiter verfolgt.



Statsberatungen im Zeichen der Selbstverwaltungskrise

Voll-Diktatur des Rathhaus-Bürgerblocks

Halles Haushaltsplan für 1932 schließt mit 2 1/2 Millionen Defizit ab - Bürgerblock schimpft auf Erpreßerpolitik Papens, erpreßt selbst die Statsannahme und würgt alle Erwerbslosen-Anträge der SPD. ab - Schätige Rolle der Kommunisten

Nach monatelanger Pause hielt unser Stadtparlament gestern wieder mal eine Sitzung ab. Hauptgegenstand der Beratungen war der Haushaltsplan für das zum größten Teil bereits abgelaufene Geschäftsjahr. Bei feiner anderen Gelegenheit wird die Einstellung der einzelnen Partei zur Kommunalpolitik, zu den ungelösten sozialen und kommunalen Problemen so deutlich sichtbar, als bei den Beratungen des Haushalts. Da heißt es Farbe bekennen: die Gemeinwohl und die Privatinteresse, Erhaltung und Aufbau oder Fortführung, praktische Arbeit oder demagogische Agitation. Kurzum,

Statskämpfe sind Weltanschauungskämpfe.

Auch gestern war der Kampf um die Statsgestaltung ein Kampf um Weltanschauungen. Die Politik, die Arbeit, nur daß der Kampf diesmal sich auf einige Stunden beschränkte, während er sich normalerweise sonst über viele Wochen hinweg.

Die Bürgerlichen beschränkten sich wieder auf einige kurze, vorher formulierte Erklärungen. Die Sozialisten tun nur noch so, als ob sie die Stadt regieren; in Wirklichkeit regiert die Bürokratie, regieren Magistrat und Staatskommissar. Daß das letzte Bürgerturn damit sehr zufrieden ist, wird auch nicht durch gelegentliche harte Worte auf das neue System verdrängt. Die Herren vom Bürgerblock, die denn und wann ihre Einschätzung der Selbstverwaltung getern, fanden sich gestern recht gut mit der Offiziöserklärung des Stats ab. Das durch die Katastrophe seiner eigenen Wirtschaftspolitik immer mehr in die Ecke getriebene Bürgerturn wird eben immer kleinlaut und in seiner Haltung erbärmlich. Es gibt die ein und von ihm begründeten und hochgehaltenen Ideale leichten Verzens auf, wenn es mit dieser Diktatur nur seine materiellen Ziele einigermaßen geschieht.

Für die SPD-Fraktion hielt Genosse Peters eine gründliche Abschneidung mit dem System Papens innerhalb des Magistrats und des Bürgerblocks. Es kam dabei zu heftigen Zusammentreffen mit dem Bürgermeister Volkhausen, der, da ihm das Ergebnis einer Untersuchung der Arbeitslosigkeit nicht in seinen Kram paßte, dem sozialdemokratischen Redner Unwahrheit und Schamlosigkeit vorzumerken wagte und ihn so oft unterbrach, daß der stellvertretende Stadtverordnetenvorsitzer ihn zur Ruhe ermahnen mußte. Es hätte nicht viel gefehlt und der Herr Bürgermeister hätte einen Dohnungsruf erhalten. Auf eine Erklärung nach der Rede des

Genossen Peters, die wir gesondert und etwas ausführlicher wiedergeben, bezichtigte er beziehungsweise.

Eine geradezu klägliche und zugleich niederrichtige Rolle spielten während der ganzen Sitzung wieder mal die „Sturm- und bereiten“. Wie Spänen belauerten und beschimpften die Kapesisten die sozialdemokratischen Redner, um ihnen durch gehässige Zurufe und blöde Nebenreden jählichen die Rede zu unterbrechen. Ausgerechnet uns, wohl einer der Unschuldigsten, dafür um so unangenehmer der kommunistischen Fraktion, wurde nach der Rede des Genossen Peters vorgeschickt, um lediglich die Sozialdemokratie zu „vernichten“. Die ganze, schon bündig Male zum besten gegebene Broschüre unterschied sich nur in der Tonart von dem, was sonst von kommunistischer Seite produziert wird. Damit tat Kunz seiner Partei nicht den geringsten Propagandabienst. Denn als er gegen das Regime Braun-Sebering losging, wurde ihm entgegengehalten, daß die SPD, doch wegen des Sturzes dieser Männer jederzeit einen Sturz angestrebt hätte. Kunz besaß die Dreistigkeit, der SPD ein Hand- und Fußgänger mit den Nazis und den Bürger-

lichen vorzutun — an einen gemeinsamen Volksentscheid der SPD, mit diesen Parteien gegen die Regierung dachte er natürlich nicht.

Der Verlauf der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit einem Aufruf für den Genossen Josef Abramowitz, der während der Parlamentspause verstorben ist. Der Vorsitzende, seit 30. Juni 1924 Mitglied des Kollegiums, war überaus rühmig und besonders in den Ausführungen eifrig tätig. Das Allgemeinste sei ihm über alles gegangen. Die drei Nazis fielen sich während des Sitzungsabendes im Vorraum auf. Nach der Einführung des Nachfolgers des Vorsitzenden, Genossen Kopp, und der Bekanntgabe der Eingänge — unter denen die Mitteilung des Magistrats, daß er dem in der letzten Sitzung gefassten Beschluß auf Verabschiedung des Haushalts für den neugewählten Oberbürgermeister Sitzungen nicht betrete, das besondere Interesse beansprucht — entwickelte sich eine ausgedehnte, oft sehr erregte und diesmal sehr angebrachte Geschäftsordnungsdebatte. Stadtv. Peters (Soz.) richtete an den Vorsitzenden die sehr energiegeladene Frage, warum die (gestern im Vorraum wiedergegebenen)

Sozialdemokratischen Dringlichkeitsanträge nicht auf die Tagesordnung gesetzt seien, obwohl

ihnen ausreichende Vorschläge zu ihrer Finanzierung beigegeben waren. Vorsitzende Busse erwiderte kurz, der Vorsitz der Stadtverordnetenversammlung habe beschloßen, gefälligst auf die von den Freigenommeneitenden erstellte Finanzierungsordnung, diese Anträge nicht zur Beratung zuzulassen; eine Begründung dieses Beschlusses wurde schriftlich erfolgen. Daß es sich nur um eine glatte Abwägung der Anträge handelt, dafür einige Beispiele. Auf Grund des Entschlusses des Reichsarbeitsministers vom 7. November 1932 über die Unterbringungsbau in der Arbeiterfürsorge für Arbeitslose werden in der Zeit vom 28. November bis 31. März 1933 Arbeitslose nicht mehr in die Wohnfabriksfürsorge überführt. Der Magistrat hat aber für diese Zeit mit einem Zugang von rund 2500 Wohnfabrikarbeitslosen gerechnet und die Mittel dafür im Etat eingelegt. Diese Gelder werden frei und können nach dem Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion deshalb für die Unterbringungsbau nicht verwendet werden. Außerdem sind die zur Verfügung der fälschlicherweise Körperkassen im Haushaltsplan bereitgestellten 100.000 RM, ferner die durch die wiederholt geforderte Aufhebung des Verkehrsamtes und der Müllgewerbesteuer freizubehalten erheblichen Mittel zur Finanzierung der Anträge zu verwenden.

Das alles ist dem Stadtverordnetenvorsitzer bekannt. Wir Recht protestierte daher Stadtv. Peters recht energiegeladend gegen diese offensichtlich Abwägung und stellte fest, daß es nicht Sache des Vorstandes, sondern der Stadtverordnetenversammlung selbst sei, über die Zulassung solcher Anträge zu entscheiden. Wegen dieser Art der Abwägung unangenehmer Anträge lege er einschneidende Veranlassung ein. Herr Busse erwiderte darauf nur, wenn er dem Stadtverordneten die Einschneidung überlassen würde, fände ja schon eine öffentliche Erörterung statt, „und die wollen wir eben nicht!“ (Starke Erregung links).

Während der Bürgerblockführer Dr. Girsch keinen Parteifreund Busse mit juristischen Listestücken bezujippen verstaute, mußte der Kommunist Behne nichts anderes zu tun, als die völlig unumkehrbare Behauptung aufzustellen, die sozialdemokratischen Stadtverordneten hätten feinerzeit nichts dazugewagt einzunehmen, als diese einschneidende Bestimmung in die Geschäftsordnung aufgenommen wurde. — Stadtv. Peters bestritt immer wieder dem Vorsitzenden das Recht, selbstherrlich über die Zulassung solcher Anträge zu entscheiden. Sein Sinn war, daß er in der Lage sei, einwandfrei nachzuweisen, daß die gemachten Beschlußvorschläge ausreichend seien, dies ebenso unumkehrbar wie seine Feststellung, man habe die Beschlußgrundlage verlassen, um so verhindern, daß in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung das unangenehme Wesen des Bürgerblocks gekennzeichnet werde.

Urtaus vom „roten Dänen“

Die beiden kommunistischen Stadtverordneten

Volkszorn gegen Bürgerblock

Hungerrufe auf den Straßen — die Stadt in Erregung

Während oben im Sitzungssaal der Bürgerblock seinen Prozeß machte mit den Interessen der notleidenden Bevölkerung, hatte sich unten auf dem Marktplatz eine ungeheure Menge Erwerbsloser angesammelt. Der Polizeibericht besitzert sie auf 1500 Personen, aber das dürfte viel zu niedrig gegriffen sein. Es lag in der Luft, daß es nicht ruhig bleiben würde, und frühzeitig bemerkte man harte Polizeimassnahmen, teils auch zu Pferde und im Bereitschaftswagen.

Bald nach 4 Uhr wurde der Markt zum ersten Male gesäumt und dann noch fünfmal im Laufe des Nachmittags. Dabei spielten sich dann Szenen ab wie immer in solchen Situationen. Der Polizeibericht behauptet, daß Beamte mit Steinen beworfen und verletzt worden seien, andererseits hört man, daß die Polizei bei ihren Maßnahmen sehr rücksichtslos vorgeht und von dem Gummistempel reichlich Gebrauch macht. Trotzdem lebten die Demonstrationen immer wieder auf, um erst gegen 19 Uhr allmählich abzuebben. Die Ansammlungen und Demonstrationen und ebenso das polizeiliche Vorgehen erregte sich auch auf die Nebenstraßen, vor allem Leipziger Straße und Große Ulrichstraße. Während glücklicherweise über keine Verletzungen bisher nichts bekannt geworden ist, wurden

den im Verlauf der Zwischenfälle insgesamt 13 Personen festgenommen.

Ohne Zweifel hätten sich die gestrigen Vorfälle vermeiden lassen. Wir erinnern uns, daß einmal die Polizei nicht einschritt, als die Nazis bei einem Reichswehrmarsch trotz Verbots einen geschlossenen Zug bildeten und marschierten. Das war geschehen, weil die Polizei glaubte, angesichts der großen Menge ein Vorgehen nicht verantworen zu können. Davan läßt sich ja nun nichts mehr ändern. Man fragt aber, welcher zwingende Grund vorlag, gestern anders zu verfahren. Warum ließ man die Menge nicht auf dem Marktplatz, warum mußte man gegen die Erwerbslosen vorgehen?

Es soll dabei gar nicht darauf eingegangen werden, daß es sich gestern um Demonstrationen handelte, die eine sehr reelle Ursache, nämlich den Hunger, hatten, während damals eine bestellte parteipolitische Parade vorlag.

Wer mit der Zeit geht

Jede Stunde des Tages gehört der Juno!

Gleichgültig wo, gleichgültig wann, immer und überall treffen Sie auf die gute

JUNO.

Das sind Tatsachen, die stärker als Worte dafür sprechen, daß unser Grundsatz:

„Alles für die Qualität“

und nichts für Wertmarken, Gutscheine oder Stückereien, von der Raucherwelt anerkannt wird.

Juno wirkt nur durch ihre Güte!

raucht Juno!



Beckmann und Mabel verdrängen zur Zeit im Kirchhofsgang die ihnen wegen allzu wichtiger Besorgung kommunipolitischer Parteilagerung gestohlenen Freizeitsachen. Die formale Fraktion beantragte, das Büro des Magistrats zu beauftragen, bei der Gefährdungswahrung die Verurteilung der beiden zur Wohnung zu erwirken. Der Richter lehnte eine Ermahnung über diese Forderung, mit dem Bemerkte ab, das Stadtrat solle sich mit kommunalen Aufgaben zu beschäftigen und nicht mit den persönlichen Angelegenheiten irgend-eines ihrer Mitglieder. In den Reihen der kommunipolitischen Stadtratsmitglieder entstand gegen diese kategorische Weigerung eine ziemlich heftige Erregung; es wurde viel und laut geredet. Erst als Stadtr. Peters (Soz.) den Richter in verhörten, sachverständigen Ausführungen davon überredet hatte, daß er sich absolut nichts vergebe, neben er dem — schon im Hinblick auf die nöchtige Zurechnung berechtigt — Wunsch der kommunipolitischen Fraktion entspräche, entfiel es sich zur Übernahme der Abstinenz. Da außer der Fraktion auch die Räte und einige Bürgerliche die Einstellung des Richters ablehnten, fand sich eine Mehrheit zur Einleitung von Verhandlungen mit dem Richter. Die Verhandlungen waren jedoch vergeblich, da die zuständige Stelle der Staatsanwaltschaft nach Prüfung der Unterlagen die Verurteilung zur Verbüßung des Ehrenamtes ablehnte. Die Kommunisten quittierten diesen Unwille mit lebhaften Protesten.

Was beschlossen wurde:

Auf Vorschlag des Genossen Peters wurden die zwei wichtigsten Punkte der Tagesordnung: „Haushaltsplan 1932“ und „Erklärung einer Kleinfindung“ sogleich der Fraktion zugeordnet zur Entscheidung über. Außerdem wurden die Landmannschaft einmündig und zunächst der „Meinung“ erledigt. Ohne Debatte und einstimmig bzw. nach den Vorschlägen der Ausführenden wurden vorgenommen die durch das Ausscheiden des Genossen Krammich notwendig werdenden Maßnahmen für Deputationen und Ausschüsse. Die Wahl von Mitgliedern in den Vorstand der Stadtparokasie muß wegen der Annahme einer neuen Satzung erfolgen. Die sozialdemokratische Fraktion entsandte in dieses Amt den Genossen Krammich, die kommunipolitische Fraktion die Genossen Peters und Krammich. Die Kommunisten entsandten den Genossen Krammich, die Kommunisten entsandten den Genossen Krammich, die Kommunisten entsandten den Genossen Krammich.

die Zahl der unbesetzten Magistratsmitglieder um drei Stellen herabzusetzen.

Auch dieser Antrag auf Änderung des Ortsratsstands fand die einstimmige Billigung des Stadtratsordenskollegiums, so daß der Magistrat künftig aus 8 besetzten Mitgliedern (einstimmig der beiden Bürgermeistern) und 5 unbesetzten Stadtratsstellen besteht.

Meinungsverschiedenheiten traten erst auf bei der Beratung eines von bürgerlichen Stadtratsmitgliedern unterbreiteten, in Wahrheit aber von der sozialdemokratischen Fraktion eingeleitetes, betr. die Abschluß von Pachtverträgen über städtische Gärten. Der Magistrat soll gehalten sein, in Zukunft in allen Pachtver-

trägen eine Bestimmung dahingehend aufzunehmen, daß die Pächter gehalten sind, in jeder Hinsicht die Erzeugnisse zu verwenden und schließlich die Erzeugnisse zu verkaufen, und sich für den Verkauf zu bemühen. Die betreffenden Pächter sind aufgefordert, auf ein schriftliches Personal zu beschließen. Stadtr. Krammich (Soz.) erklärte, die Sozialdemokratische Fraktion ist die Ratifizierung grundsätzliche als ein solches zu betrachten. Die von gewissen Arbeitgebern Auswärtige bezogen werden, dann nur deshalb, weil diese sich zu ununterstützten Bedingungen anbieten und leider auch angenommen würden. Der Antrag wurde mit dem Stimmen der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

Bei der Begründung eines Antrages auf Aus-führung städtischer Arbeiten (Straßenbau, Wegeerweiterung, Gartenarbeiten usw.) im freien Arbeitsverhältnis bei tariflicher Vergütung und nicht durch den Freiwirtschaftlichen Dienst Stadtr. Krammich eine Note im Betreffs während sein Fraktionsgenosse Putsch auch hier

Endlich Haushaltsplan-Beratungen

Der Herr Stadtkämmerey nimmt das Wort

In der letzten Abendstunde erzielte der Stadtratsrat den Stadtkämmerey den Worten des Herrn Stadtkämmerey als er sich für den 1. April begonnen Rechnungsjahr. Es handelt sich also um die Feststellung eines Planes für einen zum Teil bereits zurückliegenden Zeitraum. Schon aus diesem Grunde stellte der gestrige Redepunkt nicht den Höhepunkt kommunipolitischer Jahresablaufs dar, den Stadtratsrat sollte darzustellen pflegen. Der ganze Sinn der Selbstverwaltung wird natürlich größtenteils verfehlt, wenn die gewählten Vertreter der Bürgerwehr für fast drei Viertel eines Jahres vor vollendeten Tatsachen gestellt werden und das letzte Reichende des Geschäftsjahres durch Staatsnamen festgelegt finden. Wenn man unter normalen Umständen zu solchen „Stadtratsberatungen“ überhaupt sich noch befreit, dann ist das lediglich eine schöne Geste. Aber diesmal waren sie nicht einmal mehr das. Sie liefen wohl auch eingebet hat der Magistrat diesmal, entgegen der bisherigen Praxis, auch den Finanzangehörigen vorgelesen, damit er so eine Art Einleitung zur „Reiseinsicht um den Etat“ gibt.

Stadtkämmerey May beehrte sich in seinen Erläuterungen in der Hauptsache auf Auszüge aus der Finanzricht, die wir bereits eingehend eingehend haben. Trotz der Mängel der Einnahmen um insgesamt 4,5 Millionen und Erhöhung der Ausgaben des Finanzjahres um 3,3 Millionen sei es gelungen, den Finanzbetrag um 1,6 Millionen herabzubringen. Der Zusatzenbedarf sei so weit

zusammengefaßt worden,

daß wir, wenn wir die Wohlfahrtsverbandsleistungen nicht abgeben, trotz des gewaltigen Steuererhöhdungs auf 4,5 Millionen, die wir gerade zu dem Ende der Finanzricht vorgelesen hatten, und außerdem noch 1,5 Millionen Mark übrig hätten für Zwecke der Steuererhöhung oder Arbeitsbeschaffung — je nach Belieben. So aber muß der Etat ein offenes Defizit von 1,6 Millionen Mark nachweisen. Man kann sich also nicht wundern, daß der Magistrat in dem Umfang der im Etat vorgenommenen Streichungen. Bemerkenswert ist das Ein-gesparten des Finanzangehörigen, daß der Ma-

giat eine gewisse Polemik gegen sozialdemokratische Mitglieder hielt, obwohl ihm bekannt war, daß die sozialdemokratische Fraktion sich für den Antrag einsetzte. Er wurde aber trotzdem abgelehnt, da der gesamte Stadtratsrat die bedeutendste Förderung des Arbeitsdienstes als praktische Mittelmaßnahme ansetzt.

Bei der Beratung der bereits eingehend besprochenen Haushaltsricht wurde die beantragte Stadtr. Ridel (Soz.), daß die Stadtverordneten vorher nicht gehört worden seien. Es wäre auch nicht nötig gewesen, die Trägerhaft zu wechseln. Zu bemängeln ist auch die verwerfliche Einleitung von Finanzberatern bei der richtung der Einnahmen und die Ausschöpfung des Geldes. — Die Kommunisten lehnten durch Gänzlich die Vorlage ab, weil sie in ihre reformistische Abweichung von revolutionären Klassenkampf erliegen. Nachdem Stadtratsrat 30 die eine herabgesetzten Erklärungen abgegeben hatte, wurde die Stadtratsratung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

gibt bei der Darstellung der Anforderungen des Papen-Programms zu spät gekommen sei, als er noch im Untergerichtsamt 400 000 M. abgibt. Dazu kommt, daß die Einnahme des Etats wesentlich ungenügend gehalten wurde, als dies noch vor acht Wochen der Fall gewesen wäre. Die Reichsverbereimungen gingen weiter erheblich zurück. Alles in allem seien

die gesamten Staatseinnahmen nicht einmal mehr ganz so hoch, wie die Gesamttausgaben auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege, ein Verhältnis, das erst ins rechte Licht tritt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Wohlfahrtsausgaben im Jahre 1930 54,5 Prozent, 1931 = 70,45 Prozent der Staatseinnahmen ausmachten. Ein weiterer recht jähbarer Einnahmehausfall sei auch bei den Abfertigungen der Wehlag zu erwarten. Zusammen mit dem im Haushaltsplan-nahme bereits herangezogenen Defizit ergäbe sich jetzt ein Defizit von 2,5 Millionen Mark. Bei dieser Einmütigkeit habe die Verwaltung ihre vor-dringlichste Aufgabe darin gesehen, die Haushaltsführung so zu einrichten, daß sie zu leistungsfähigen Ausgaben im Rahmen der zur Verfügung stehenden Bedingtmittel halten.

Ein Etat, der kein Etat ist

Wenn dies bisher gelungen sei, so habe dies naturgemäß nur durch eine weitere Drosselung der ohnehin schon hart ge-

Abrechnung mit dem Papen-Regime des Bürgerblock-Magistrats

Etatrede des Führers der sozialdemokratischen Stadtratsordensfraktion

Genosse Peters charakterisierte die bespizte Stadtratsberatung eine Frage. Man kann sich nicht vorstellen, hinter diese Beratung eine Absicht zu vermuten. Man will die Stadtratsordensberatung immer mehr von der Mitbestimmung über die Finanzwirtschaft der Stadt ausschließen. Man preßt im Magistrat auf Selbstverwaltungs- und Mitbestimmungsrecht. Und auch der Bürgerblock, der noch im Vorjahr gegen die Regierung Braun-Severing getettert hat, weil diese Regierung den Gemeinden gewisse

ersten Ausgaben erreicht werden können. Von einem Haushaltplan wird überhaupt kein Wort mehr zu hören. Es solle für die Verwaltung nur noch den äußeren Rahmen für die Wirtschaft festlegen, würde also großenteils als bloße Forderung an die Verwaltung bleiben. In der Praxis würde zu verhindern, daß ein-eigenen Dienstleistungen monatweise auf Grund der zu erwartenden Einnahmen für jeden einzelnen Ausgabenfall diejenigen Beträge zugewiesen werden, über die sie im Laufe des betreffenden Monats verfügen können.

Der Redner meinte daß angeblich dieser Verhältnisse und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß bereits fast zwei Drittel des Rechnungsjahres hinter uns lägen, es für die Stadtratsordensverwaltung eine wenig erfolgreich Aufgabe sei, wenn sie in eine Einzelberatung dieses langst überholten Aufwandes eintreten würde, zumal da nach Maßgabe der Bestimmungen der Gemeindefinanzordnung vom 3. November 1932 ja schon in den nächsten Monaten der Etat des Jahres 1933 vorzulegen werden müßte. Stattlich würde bei einer solchen Beratung des Etats 1932 auch nicht herauskommen.

Die Fraktionen haben das Wort

Auf die Erklärung des Magistratsleiters einzuwirken, bekämpfte der Herr Sozialdemokratische Stadtratsrat die Erklärung der Fraktion, die auf Einblöck-nahme des Etats unter gewissen Vorbehalten hin-ziet, im einzelnen zu bezeichnen.

Hierbei war es erforderlich interessan, zu hören, daß Herr Peters für die Politik des gerade aus seinen Kreisen heraus angemel-detem Herrn von Papen die Bezeichnung „Zerfalls- und Zerschlagungs-politik“

land. Vom Führer der SPD-Fraktion befragt, ob er denn zu etwas vor seinem bürgerlichen Redner, bekämpfte Herr Peters die für seine Ansicht, daß sich wohl be-wußt sei, was er gesagt habe.

Stadtr. Ridel von der SPD. bemühte sich, den Stadtratsrat des Gats darzustellen und begründete zugleich den SPD-Antrag auf Beschaffung von Karolinen und Kloben von Unter-nahmen, die diese beiden Stadtratsratungen von Papen (sozialdemokratische) Bekämpfung des SPD. war auf einige Finanzierungsverpflichtung, der in der Theorie sehr schön aussieht, praktisch aber bedeutungslos ist, scheinbar sehr hoch.

ermäßigungen geben, gibt jetzt, da die Sozialdemokratische Fraktion die Bespizung und aus Ermäßigungen der Pflichten geworden sind, diese Rechte preis, wenn er für seine nächsten Interessen wahren kann.

Ob bleibt heute Herr Ridel, ob bleibt der Oberbürgermeister, um die Verteidigungsrede für die Selbstverwaltung zu halten wie im Vorjahr?

Aber man kann ja nicht gegen seine eigenen

Summieren aller Art beim Spezialisten, im Spezialgeschäft Summi-Bieber, Halle a. S. Saale, Große Steinstraße und Bräckerstraße. (Röhe Markt.)

Aufbruch in Kraneberg
Roman einer Zuchthausrevolte

Von Werner Scheff.

Copyright 1930 by W. B. Goldmann Verlag, Leipzig
5) (Nachdruck verboten.)

Die Kuhlmanns wußten nun alles, das fand fest. Die alte Frau war verurteilt worden; wenn man auch das vom förmlichen Kommissar nicht herausbringen konnte, was und wie Gedras Mutter ausgelegt hatte, Vieles konnte sie nicht erzählt haben. Dazu hatte sie zu wenig Kenntnisse von der Person des Menschen, der nachts zu ihrer Tochter gekommen war; nur war es für Wolff ein unheimlich schmerzliches Gefühl, daß er seinen Vater und Tochter über die Seite die Frau Gedras Gehändnis hingenommen? Ermutigt daraus für das Mabel neue Erregung, neue Qual? Gewiß, in dem Kopf des Bremers sah es mir aus, soviel hatte er in dieser Zeit zu überdenken, aber die Zeit war lang genug, Tage und Nächte gingen mit peinlicher Besorgtheit über ihn hinweg, und so glückte es ihm, einigermaßen Ordnung zu schaffen und zwei Kreise zu geben, deren Mittelpunkt seine nichtswürdige Person war. Der eine umschloß das Haus in der Schönbauer Straße, der zweite das Gehändnis mit dem Bauern.

Was konnte er dem Kommissar von dem Menschen erzählen, den er für den Mörder des alten Branne hielt, des unglücklichen Mannes, der, das ein Zufall im besten Augenblicke der Höhe der Lohntabelle geführt hatte, ein Zufall, der drei Menschenlebens entfiel, wie Velle behauptete, zwei nach Ansicht des förmlichen Dr. Neupert. Da war ein Mann, nahe der Gedras, mit einem fismanteligen Hammer über den grauen Schöbel geschlagen worden; erschrien vor die Fülle der armen Dorn von der förmlichen Umwelt schied. In einer Wutstunde hatten ihn um Mitten später zwei Kameraden aufgefunden. Der Hammer lag neben dem Sterbenden. Kein Wort kam bis zum Vergehen des Verfalls; aber dem zuckenden Munde. Aber der Etat der Ordnung bis zum gescheiterten, ineinander verschlungenen Herzen auf, was bekanntes Feinden für die Kriminalbeamten, die es am meisten Arm des Simon wußten, des

Eindrehers, den sie verurteilten, und der ihnen bis her stets gefehlt ausgehoben war. Gerade in der Nacht vorher war er draußen in Pantone gesessen worden, wo er einer friehelnden Gefähr-tung nachzugehen schien, und nun hatte man den Durchfall sicher, da er die Zeit weit hinaus, gleich nach der Zeit dort aufzulaufen.

Was es das Beweist an seiner Schuld? Er erzählte, was er wusste, was er sah aber noch lang, Namen zu nennen. Feindlich unter einem Druck, den sich der unterwüchtige Kommissar freis zu erklären wußte, gab er einen Namen preis. Sicherlich einen, den er sich ausgedacht hätte. Radowski. Aber kein Name, sondern ein Name, der sich in eine unglückliche Erinnerung verflocht, ein noch so erfahrener Teilnehmer wußte etwas von der Ereignis eines Radowski. Man hielt das Radowski voran, er verführte, Radowski sei in Berlin durch etwa vierzehn Tagen sei er aus Oberhieseln eingekleidet, ganz verurteilt, halb verurteilt. Er, Velle, habe sich seiner angenommen. Er brachte damals gerade einen Brief. Der lahme Klotow war bei drei Monaten hinter Schloß und Riegel, was der Affäre Klotow hopt genommen worden. Möglich habe er sich Radowski angetert.

„Und der Dritte?“ fragte Dr. Neupert.

„Den kenne ich nicht, den habe ich von der Straße ausgelesen und als Spanner aufgehängt.“

Wieder das ironische Rädeln des Brannen. „Es wäre besser, Sie würden mit seinen Namen nennen. Sie brauchen einen Zeugen für die Anwesenheit dieses Radowski, für Ihre Darstellung des Vorfalls überhört.“

Darauf schweig Velle und taute an der Zigarette, die ihm der Kommissar zu reichen pflegte, sobald sie von dem Zerscheller allein waren.

„Wissen Sie wenigstens, wie Ihr Spanner ausgehoben hat?“

„Gewiß, sehr groß und lang war er, mit einem Spitzbart und einem Gams.“

„Spitzbart“, sagte er, „dann war er also sehr fett, was mir auch zwei Augen gefiel. Mein, zum Augen lid Sie nicht gefahren. Velle. Auf diese Weise kommen wir nicht weiter. Überlegen Sie sich die Geschichte bis morgen. Vielleicht fällt Ihnen noch etwas ein.“

Und im nächsten Verhör blieb Velle dabei, daß er mit Radowski und einem Spanner, der lang und böser gewesen sei, den Eindruck ver-sucht und daß der Wächter Branne nur flüchtig und geizig, feineßlos, aber niedergebunden

habe. Er verarbeitete bei dieser Aufgabe, in der nur die Schilderung Klotow erfuhr davon.

Zur Ehre des Kommissars und seines guten Willens muß betont werden, daß die Kriminal-behörden nachdenklich verhielten, einen Mann mit einem so armen Beweist in die Hände zu sperren, Radowski hieß und in den Verbrechensregeln ver-sehrte, die Velle erwählte.

Dabei ahnte Dr. Neupert nicht, wieviel Kritik gegen den brüderlichen Geist der Räte, die ihn eingeschrieben war, Velle diese teilweisen Angaben geflochten hatten. Einen Kommissar zu nennen, niemals hätte er eine solche Gemeinheit begangen! Aber nach schlaflosen, qualvollen Nächten war er so weit gelangt, daß er nicht anders konnte: er mußte Radowski aneben. Sein primitiver Eifergriff nach dem Einwand, Radowski sei in seinem Unglück schuld. Wer hätte ihn geheißen, sich auf den Wächter zu stützen, im niedergebunden? Sollte er, Bruno Velle, dafür viele Jahre Krane auf sich nehmen?

Den Ausbruch gab seine Eier nach Freiheit, die nach einigen Tagen dort unglücklich, und-kämpfer wurde. Nicht der geringste Wunsch nach Vergewaltigung, Luft, Unbeobachtetheit war es, der ihn lenkte, vielmehr etwas Feinere, das er sich selbst kaum eingehend: die Schwindst nach dem Gedröhn, dem er vorarbeit hatte: zwei ... höflichen im Richter, und ihm nicht glauben mußte, er habe einen Menschen gefesselt und werde nie ... gewiß nie wieder zu ihr zurück-zehren.

Zweites Gefühl: nie wieder ... trieb Bruno Velle so weit, daß er selbst Rad und ein Frau vor ihm hätte. Wozu? Er wollte nicht be-friedigen, damit er ihm beständigen konnte, daß es ein Radowski, daß der viele Rechte im Verbrechensrecht bei Rad geblieben waren, mit dem Verurteilten einen Schicksal geschehen hätte.

Dies geschah um die Zeit, da Bruno Velle Quartier gewechselt hatte. Er war noch Ablauf der polizeilichen Recherchen ins Untersuchungs-gelände gebracht worden, wo Dr. Neupert's zweifelhafte Persönlichkeit durch eines Unter-suchungsbüro, mitunter, fremd unerschrocken, fremd erregt wurde. Der Mann, dem es oblag, den Prozeß gegen den Zuchthäuser vorzubereiten, war ein Räuber der Gefängnisstrafe, an deren niedergebunden Funktionen ihm eingeschrieben wurde, als ein einem Einzelnen auf die Straße des Zeitings. Mit der Straftaten war es man aus, auch mit dem Biegen, dem natürlichen Sprach. Bruno Velle leugnete, aber die Indizien

waren gegen ihn, und der Untersuchende nahm es ebenso gleichgültig mit, als hätte der viele sich zum Zuchthaus bekannt.

Vor dem Hofen, feineren Mutig des Richters verlief der Vorles des Bremers, Ridel zu öffnen, um wenigstens nur als Einzelner abgetrennt zu werden; er gerief wie ein Rebele-bilde im Wind.

„Sie haben mir etwas mitzuteilen?“ fragte der Beamte, während ihm nicht geführte, Trans-heit weise fand in den Alten hatterte.

„Ne, Herr Untersuchungsrichter, geflehen kann man nur, was man getan hat Und den Wächter.“

Doch Radowski niedergebunden, der nicht existiert“, unterbrach der Richter mit frohger Miene, „ist das alles?“

„Ne ... ich möchte um die Erlaubnis bitten, daß ich einen Brief schreiben kann.“

„Das sieht Ihnen frei, der Brief geht durch meine Hände.“

Da war es auch mit dem zweiten Vorles aus, den Bruno Velle schon seit zwei Tagen mit sich herumtrug. Gerade überlassen! Er hatte es zuerst von sich gewiesen, denn er beherrschte keine Mutterprache nur im Wort. Schreiben und Rechtschreiben waren ihm nicht gefällig. Er schämte sich vor dem Mabel, das so etwas kaum begriffen hätte. Aber die Erlaubnis hatte ihn darin gebracht, dennoch einen Brief in den Bereich seiner Ermahnungen zu geben. Er hörte nicht von ihr, sein Zerkleineren ist fast drei Wochen! Wie hätte sie wohl die Richter von seinem Spitzelverbrechen aufzunehmen? Er ätzte nur der nächstgelegenen Möglichkeit: sie hätten nur nichts mehr von ihm wissen wollen. Das die Seite Seite konnten, war in den Augen des Bremers eine sehr gerechtere Sache, obwohl er selbst sie in diesen Stunden als Pflicht sah. Aber er war abgeschlossen von allem anderen, von Mentung und Berührung. Wenn er über sich und Gedras arbeitete, kam er stetig darauf, wie selbstherrlich es eigentlich sei, daß sie ihn hoch verurteilt würde. Mit ihm hängen war die Er-innerung an sie und die letzte Stunde der Frei-heit eine Stunde zum Leben.

(Fortsetzung folgt.)

Traurige Kommunalpolitik unter der Hitler-Regierung

Nazi-Regime in Thüringen

In Wengersgerath-Himmern in Thüringen wurde vor ungefähr 4 Monaten ein neuer Bürgermeister gewählt. Bei der Ausschreibung der Stelle wurde besonders hervorgehoben, daß der neue Bürgermeister der Hakenkreuzpartei angehören müsse. Von den mehr als 80 Bewerbern wählte die Hakenkreuzmehrheit einen Herrn Dr. Freitag aus Hamburg.

In einer Gemeinderatsitzung, die auflos, weil die Nazi-Gemeinderatsmitglieder in der gemeinlichen Weise gegen Dr. Freitag sich benahmten, erklärte die Frau des Bürgermeisters Dr. Freitag, daß die Hakenkreuzler ihren Mann nur deshalb so bestämpten,

weil sie von ihm erfolglos verlangt haben, daß er bei allen Gemeinderatsmitgliedern nur SA-Anwärter einstellen lasse. Sie sei im Besitz eines Scheinbescheinigung von Arbeitern, die sich zu Gemeinderatsarbeiten gemeldet hätten. Darauf sei von den Nazis bemerkt worden, daß die mit grünem Kreuz versehenen Namen Parteigenossen der NSDAP seien.

Jetzt wird aus Wengersgerath-Himmern berichtet, daß der Bürgermeister Dr. Freitag seines Amtes entbunden und ein Kommisar eingesetzt wurde. Infolge einer Parteieinleitung der „Thüringer Volksfreund“, berichtet hierüber u. a. wie folgt:

Das Ergebnis der nationalistischen Schammascheide, die sich erneut in den letzten Wochen über unsere Gemeinde ergoß und allgemeines Aufsehen erregte, ist die „positive“ Seite der fruchtlosen Nazi-Politik, die seit der Wahl des Gemeindevorstandes in Wengersgerath-Himmern herrscht. Der Kampf gegen die nationalistische Schammascheide, sondern dem fruchtlosen Zustand in der Nazi-Partei selbst, wobei nur dem eigenen Freund nicht Halt gemacht wurde. Dr. Freitag hat in einer öffentlichen Versammlung erklärt:

„Ich habe von allem Anfang an gegen Lügen und Verleumdungen kämpfen müssen und das Treiben dieser Kreise gegen meine Ansicht nach schon seit Jahren zurück.“

Die Wahl Dr. Freitags ist umschreibbar. Demzufolge wären auch alle Umstände, die Dr. Freitags sechs zu unrichtig, mit Ausnahme der des Standesamtes. Die Wahl und die angelegte Vorbereitung zur Wahl eines Bürgermeisters wurden feierlich zum Nazi-Beigeordneten Fischer getroffen. Wir wissen auch, daß die Nazis größten Saute-Sonnenberg und Schnee-Lobung auf dem spiritus rector Max Bräuner an dem Zustandekommen der Wahl Freitags beteiligt waren. Die Nazi-Fraktion hat mit hochwürdigem Worten erklärt, daß sie nachdenkt, was sie wollten. Und jetzt haben wir den Salat:

Das vermögensrechtliche Moment für Dr. Freitag ist offensichtlich klar, d. h., Dr. Freitag wird 8 Jahre lang jährlich 3400 Mark Gehalt von der Gemeinde beziehen, wenn die Mehrheit des Gemeinderates den gemachten Fehler nicht verzeihen will.

Welche Befragung für jede einzelne Familie eintritt, kann jeder errechnen, das wäre aber verborgen worden, wenn die Wahl Dr. Freitags gründlich vom Beigeordneten Fischer (Nazi) vorbereitet gewesen wäre.

Bestimmt darf man sein, ob der Nazi-Beigeordnete Fischer schäblicherweise gemacht wird. Zu beachten ist noch, daß in einer Einwohner-Versammlung, die von der Kinderärztin des Gemeinderates einberufen wurde, die Frau des Herrn Bürgermeister Dr. Freitag bekannt gab:

„Ich Nazi-Sauer aus Sonnenberg durch Anstellung einer Abfindungsumme in Höhe von 12 000 bis 14 000 Mark ihren Mann zum Aufgeben seines Bürgermeistersamtamt veranlassen wollte. Da ihr Mann darauf nicht einging, hat Sauer erklärt, daß die Gemeinde noch so viel Geld aufbringen, daß sie Freitag bezahlen könne.“

Fürward, das sind doch grauenhafte Zustände, die aus der Hakenkreuzherrschaft Wengersgerath-Himmern bekannt werden.

Gelehrtenstreitisch

Was gibt es Neues in der Wissenschaft

Am Kopenganger Hinsen-Institut, der bestimmten Forschungsgebiete für die Heilwirkung von Strahlungen über Art, erproben kann die folgenden Ergebnisse zu erzielen, nach ihrem Endeber auch Buch-Strahlen genannt an etwa 700 Kranken, um über ihren jeweiligen angezeigten Heilwert ein möglichst sicheres Urteil zu gewinnen. Grenzstrahlen sind „weiche“ Röntgenstrahlen; sie haben eine größere Wellenlänge als alle im Heilwesen sonst benutzten Strahlungen. Ihre wichtige Besonderheit ist, daß sie nur auf die oberflächlichen Hautschichten wirken und um so weniger tief dringen, in je geringerer Dosis sie angewandt werden. Die schmerzliche Durchstrahlung unter der Oberhaut, eine bedeutungslose, kaum einer anderen Strahlungsart eigentümliche Eigenschaft. Erhöht man die Dosis, so dringen die Strahlen zu tieferen Hautschichten. Auf diese Weise kann der Arzt je nach der Art der Hautschichten er behandeln. Ausschlag, Schuppenflechte, Lupus und andere Hauterkrankungen wurzeln in verschiedenen, durch richtig abgestimmte Grenzstrahlenbehandlung zu erreichenden Hautschichten.

Wenn auch nur verhältnismäßig wenige Menschen sich heute den Genuß von Strahlen leisten können, so hat der Lebensbedarf dieses Stoffes doch eine nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Bedeutung. Was die frische Lehre und Berufsstand für Fortschritt in Witten (Westfalen) hierzu feststellte, ist um so beachtlicher, als die Grundzüge der Lebensförderung, die für Forellen gehen, auch auf andere Fische übertragen werden können. Um die Fische lebend von einem Ort an den anderen zu schaffen, führte man die Wasserbehälter, die mit ihrer schwimmenden Luft in die Fischenatmung gestellt wurden, Sauerstoff zu, ein zweites, oder ziemlich festhaltendes Verfahren. Neuerdings ging man dazu über, im Wasser dadurch Sauerstoff zu erzeugen, daß man dem Besenbender der Fische Wasserstoffperoxyd zusetzte, von dem sich Sauerstoff abspaltete. Hierbei ist darauf zu achten, daß der Wasserstoffperoxydgehalt nur gering ist, weil er den Fischen kein schädlich wird. Da die Praxis zu einem einseitigen Urteil über das Verfahren gelangte, wurde eben jene Berufsstand veranlaßt, die Angelegenheit wissenschaftlich zu untersuchen. Als Ergebnis wurde festgestellt, daß nur Forellen leben, wenn das Transportwasser mit Wasserstoffperoxyd angereichert ist. Nur muss verhärtet werden, daß jener Sauerstoff sich entwickelt und daß etwa große Schwantungen in dem Sauerstoffgehalt auftreten.

Wenn die Milch den Kindern einmal nicht schmeckt, erklärt man die Mutter: „Das liegt daran, daß die Röhre jetzt nicht mehr im Stall gefüttert werden, sondern auf die Weide gehen.“ Ein solcher Überzeugen findet naturgemäß im Frühjahr statt. Welchen Einfluß auf die Milchbeschaffenheit hat er? An der Berufsstand der Milch- und Forschungsanstalt für Tierzucht in Leipzig (Schlesien) wurden 35 Kühe unter Ausdehnung aller erdenklichen Fehlerquellen einige Zeit zuerst im Stall und dann auf der Weide gefüttert und die hierbei auftretenden wesentlichen Milchleistungen sorgfältig untersucht. Man muß und analysierte die Milch im April, als die Tiere noch Stallfütterung trafen, und dann von Anfang Mai bis Juni, als sie sich von Weidefütterung nährten. Die Kühe lieferten weniger Milch, sobald sie aus dem Stall ins Freie kamen. Bei einem Tier betrug der Rückgang des Milchertrages nach 40 Prozent der Anfertigung. Zugleich wurde die Milch aber weitgehend für einige Zeit, erheblich fetter. Ebenfalls schwante der Milchzucker in der Weidezeit erheblich. Die Untersuchungsstelle führt vor, während der letzten Wochen der Stallfütterung eine „Lebergesundfütterung“ einzuhalten, während der das Tier sich auf das zu erwartende Grünfutter vorbereitete.

Der Flieger wird unfähig, seine Glieder zu bewegen, sobald er in jene Höhe kommt, in der das Barometer nur 300 Millimeter Quecksilber anzeigt. Schon vorher fällt das Arbeiten ihm immer schwerer, je höher er steigt. Was ist die Ursache? Fühlt dem fliegenden Menschen der Sauerstoff, dessen Menge mit der Höhe abnimmt, oder ist der verringerte Luftdruck dem auf einen tieferen Luftdruck eingestellten Organismus ungenügend? Am Physiologischen Institut der Universität Cambridge wurde man die Frage zu klären, indem man die Versuchsperson in eine „pneumatische Kammer“ brachte, die in einem Raum, dessen Luftdruck nach Belieben erhöht oder erniedrigt werden kann. Bestätigt wurde der verringerte Luftdruck der Arbeitsfähigkeit, so muß die Sache auf dann geschädigt werden, wenn die Versuchsperson zwar einem genügenden Sauerstoffverbrauch überlassen, aber einem übermäßig dünnen Ozean ausgesetzt ist. Die Versuchskammer wurde mit Sauerstoff von 240 und 170 Millimeter Quecksilberdruck angefüllt. Da es reiner Sauerstoff war, konnte der Mensch bequem darin atmen. Nur war der Ozeandruck weit unter dem, den der menschliche Mensch arbeitsfähig macht. Wie erging es der Versuchsperson? Sie atmete und arbeitete ohne Behinderung — ein Beweis, daß nur der Sauerstoffmangel dem Menschen in größerer Höhe abnähmigt macht. S. J. 2.

Kriminalbeamter schießt

Zusammenstoß in Berlin

In einem Berliner Heim des Vereins „Deutscher Arbeiterbund“ hat ein Kriminalbeamter den 26jährigen Gewerkschaftler Karl Meitze tödlich einen Handgemessenen erschossen. Der Kriminalbeamte war in das Heim gekommen, um einen Arbeiterlosen, der andere heimlich, mit dem Revolver bedroht hatte, festzunehmen. Der gewalttätige Arbeiterlos widerlegte sich der Festnahme und fürzte sich auf den Beamten. Bei dem entsetzlichen Handgemessenen zog er wiederum seinen Revolver. In der Notwehr gab der Polizeisammler den verhängnisvollen Schuß ab.

Auch der vierte getötet

Das Unglück auf dem Destrück-Schacht

Montag morgen ist auf dem Destrück-Schacht bei Hindenburg der Füller Wolfowitz, kurz bevor er nach vereinbarten Arbeit der Rettungsmaßnahmen endgültig geboren werden sollte, verunglückt infolge Herzschwäche gestorben.

Von den drei anderen Bergleuten, die mit Wolfowitz zusammen am Donnerstagsabend verschütt worden waren, ist kein Lebenszeichen mehr zu hören.

Die Rettungsmaßnahmen waren schon bis auf einen halben Meter unter eigener Lebensgefahr an Wolfowitz herangeführt, der schließlich nach seiner Befreiung mitgebracht hatte, so daß sein Oberkörper freigelegt werden konnte. Regelmäßig wurde er von einem Arzt mit Erfrischungen versorgt. Heute morgen antwortete er plötzlich nicht mehr auf die Fragen der Kameraden, und als diese endlich bis zu ihm vorgegangen waren, fanden sie ihn tot auf. Es erscheint jetzt jagen schwierig, die Leiche und die drei anderen Bergmännchen zu bergen, da ständig neue Kohlenmassen auf den Hilfshöhlen herabdröhen.

„Späße“ höherer Schüler

Eigener Bericht

Kaestlein, 26. November. In der Nacht zum Sonntag verunglückten Schüler des Reutlinger Gymnasiums, die in amierischem Zustand von einem Bergmann heimgeführt, vor der Wohnung eines Stubenrats einen Sprengkörper zur Explosion zu bringen.

Der Körper kam vorzeitig zur Explosion. Einen 17jährigen Gymnasiasten wurde die linke Hand bis zum Gelenk vollständig zertrümmert. Ein Teil der Leber lag dem Unglücklichen ins Gesicht. Die Wunden wurden schwer verlegt. Auch die Ohren erlitten Verletzungen, so daß das Gehör ebenfalls in Mitleidenhaft gezogen ist. Der Verletzte wurde in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus geschafft. Die Stürze der Explosion ergibt sich daraus, daß Fleisch- und Knochenstücke des Sprengverlegten über 30 Meter im Umkreis der Unglücksstelle auf der Straße zerstreut lagen. Wie die Jungen heute in den Besitz des Explosivstoffes gelangt sind, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Ueberflüssige Anlage

Oben den verantwortlichen Leiter des „Bahren Jacobs“, Genossen Friedrich Wendt. Er wegen angeblicher Verdrängung von Reichs-Einrichtungen und Gebäuden (Bericht gegen § 166 StGB), das Hauptverfahren eröffnet und die Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte

Gewerkschaften rufen!

Mahnwort an die Jugend

Die Interessen der Arbeiter und jugendlichen Arbeiter werden durch die freien Gewerkschaften vertreten. Sie nehmen sich des Jungvolks an, organisieren, schaffen Schulungsmöglichkeiten, regeln in Tarifverträgen die Rechte der Arbeiter und jungen Arbeiter und fördern die Ausbildung. Die junge Generation soll vor Ausbeutung und schlechter Behandlung geschützt sein. Deshalb müsse die freien Gewerkschaften ihre Kräfte gegenüber Unternehmer- und Innungsmeisteramt mobil machen.

Der Papageienpap

Auf den Docks von New York erregte kürzlich ein Papagei mit seinem wohl eingetrimmten Ruf: „Ich habe einen richtigen Pap“, große Heiterkeit. Das Tier sprach die Wahrheit, denn jeder per irascibile Vogel bei einem regelrechten Pap zu besitzen, den sich die Justizstelle und ein Angestellter des Biologischen Instituts sehr genau ansehen. Es werden auf diese Weise jährlich genau als 1000 Papageien gepreßt. Da die Einzelvergabe jährlich 80 Cents beträgt und die für wertvolle Tiere noch 100 bis 200 Dollar einnehmen, sind die Papageien zum Käuflichen, denn von ihnen kommen ungefähr jährlich 10 000 aus dem Berg nach Amerika. Aufzutreiben liefert pro Jahr etwa 50 000 Papageien und Kakatos. Um die Weltzahlzeit ist der Käuflichkeit am stärksten. Natürlich wird mit allen Mitteln versucht, die strengen amerikanischen Bestimmungen zu umgehen, und es gelingt nicht selten, einen auf der schwarzen Liste stehenden Vogel im letzten Augenblick am „Betreten“ amerikanischen Bodens zu hindern.

An der Landstraße

In einem Straßengraben in der Nähe von Groß-Budenberg (Bavaria) fand man den Leichnam eines bis zum Hals abgemagerten Banarbeiters. Der Leich wurde als ein politischer Einstandsgefangener identifiziert, der nach einigen Monaten im Jahre in Belgien gefangen zu sein kündigt. Arbeitslosigkeit oder Sehnsucht hat ihn offenbar nach seiner Heimat getrieben; in seinen Leichen befand sich nur ein geringer Bestand des blauen Gases.

Galmette auf ewig . . .

Vor der Sitzstammer Lübeck beginnt am 6. Dezember die Verhandlung gegen den jahrelangen Lügner des Berliner „Rindergrotz“ Dr. Genter. Der Angeklagte hat nach der Galtmet-Ratstrafe über 30 gefährliche Kinder mit einem von ihm entdachten Mittel behandelt. Drei Kinder haben trotzdem.

Freitod

Der Schmeler Großhotelier Kraft, Besitzer eines der größten Züricher Hotels, hat sich erschossen. Vermutlich bildet unheilbare Krankheit das Motiv der Tat.

Der Todesgang

In Elizabeth (New Jersey, USA) brach ein Dauerläufer nach 47 Tagen und 19 Stunden ununterbrochenen Laufes tot zusammen.

Bloch und Getreide verbrannt

Durch Funkenflug aus der Dreifachmaschine brach in der Scheune des Gutes Briemen bei Bismark ein Feuer aus, das das mit 300 Zentnern Getreide gefüllte Haus in Flammen zündete. Der starke Wind übertrag das Feuer auf die 150 Meter lange Weizendflur. 200 Scheffe, 200 Schwämme und 100 Säcke kamen in den Flammen um.

„Das freie Wort“

das Disziplinorgan der Partei, ist nach Beendigung des Wahlkampfes wieder zu seiner Aufgabe, der Klärung der innerhalb der Partei bestehenden Probleme, zurückgeführt. So bringt auch die folgende erschienene Nr. 48 eine Anzahl beachtlicher Beiträge, die einer eingehenden Diskussion wert sind.

Genosse Dr. Heinz Hübler-Beipals hat in seinem Artikel „Sozialdemokratische Plankommission und Sozialistische Hochschulgemeinschaft“ den Inhalt einer kürzeren Mitteilung der G. S. Stärkere Betonung der Intelligenz für die Idee des Sozialismus und wissenschaftliche Durchdringung der Probleme des Sozialismus (sind die wichtigsten Aufgaben, die die Sozialistische Hochschulgemeinschaft übernehmen muß).

Ueber ihre Erfahrungen und Arbeiten aus dem Wahlkampf berichtet die Genossen Georg Landgraben und Johann Dösch-Rodens. Sie betonen, haben beide Bezirke in dem verflochtenen Wohlstand eine besonders eingehende Verflechtung organisiert und gute Wahlergebnisse erreicht. „Das freie Wort“ erscheint wöchentlich und kostet 91 Pf. pro Monat. Probehefte werden gratis und portofrei der Freie-Wort-Verlag, Berlin SW. 8, Lindenstr. 3. Für die Werbung neuer Abonnenten wird eine Anzahl von Briefen eines Werbeauswärtigen wertvolle Nachdrucke schon für einen Abonnement gibt es ein gutes Buch. Bestellen Sie einen Probeheft.

Warnung vor politischen Schwindlern

Der Parteivorstand teilt mit: Ein internationaler Schwindlergesellschaft handhabt gegenwärtig die Parteivorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei. Mit einem Schreiben des Vorstandes der rumänischen Sozialdemokraten versehen, erscheint jemand auf dem Parteibüro. An dem Schreiben, das am Kopf die gebrauchte Adressen und den Namen des sozialdemokratischen Parteivorstandes in Buchstaben zeigt, wird gebeten, dem Leberbringer einen namhaften Betrag — es handelt sich bis zu 10 000 Franc — auszuliefern, der von der rumänischen Partei zurückzuerhalten werde. Eine Anfrage in Bukarest ergab, daß es sich um einen abgetunten Schwindler handelt. Es muß irgendetwas ein fälschlicherweise bestehen, die sich diese leicht zu Beratern verleitenden Briefbogen für ihre Betrügerien bedient. Sollte ein solcher Betrüger irgendetwas aufzutauchen, so muß sofort seine Verhaftung veranlaßt werden.

